

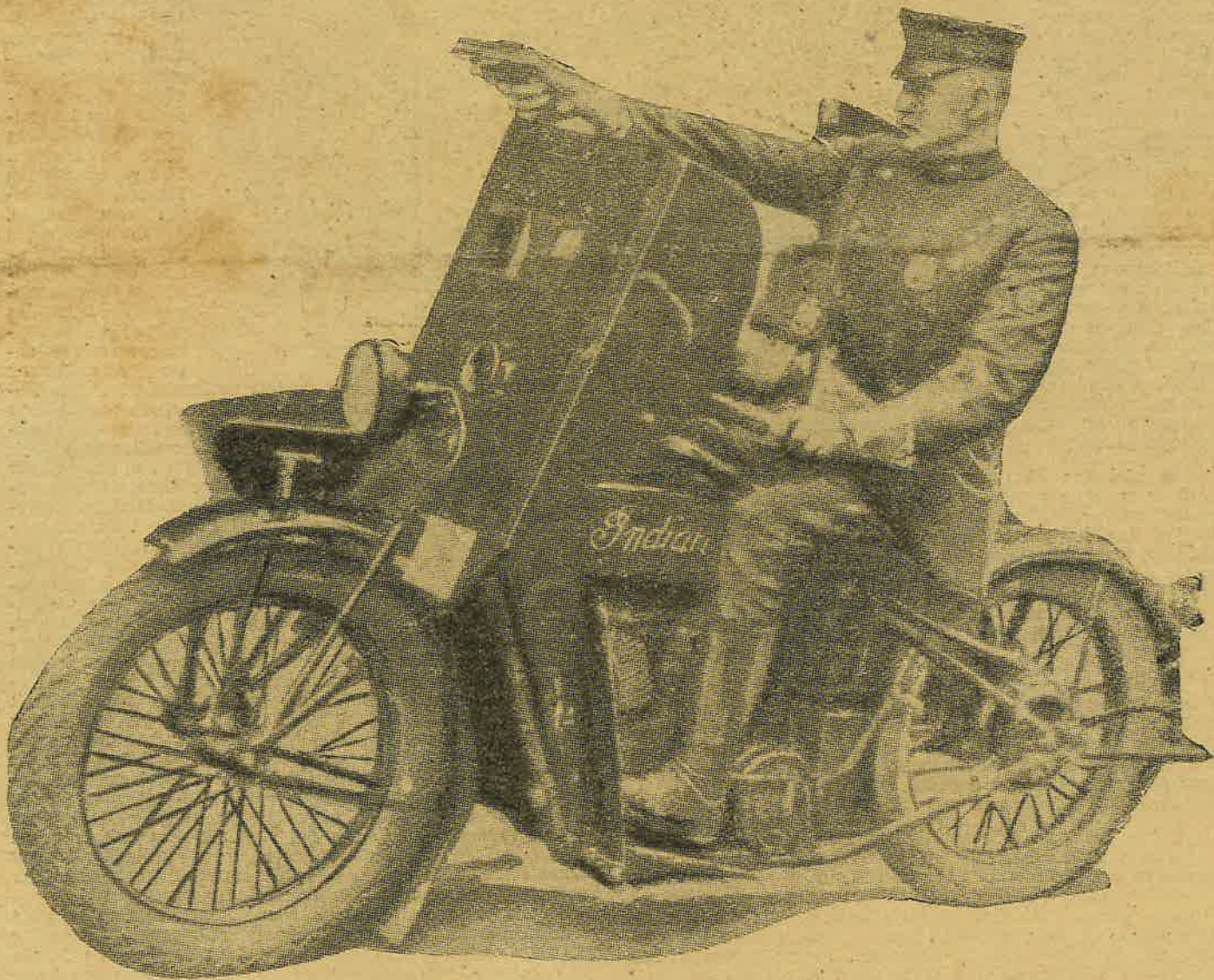
# ROTE WELFER

Redaktion und Verlag: Berlin NW7, Dorotheenstraße 77-78  
Telephon: Amt Zentrum, 3167, 5483  
Auslieferung für die Schweiz: Willi Trostel, Zürich, Ottikerstr. 35



Bezugspreis durch die Post monatlich 10 Pfennig, vierteljährlich 31 Pfennig / Einzelpreis: für Deutschland 10 Pfennig, für die Schweiz 10 Rappen

## Dem Polizeikongress zum Gruss!



**Die modernste Bürgerkriegspolizei!**  
**Amerikanische Polizei im „Kampf“ gegen Frauen und Kinder der streikenden Textilarbeiter von Passaic**



# Dem 3. Internationalen Polizeikongress zum Gruß!

L. G. Man baut wieder Ehrenpforten in Berlin! Vom 25. September bis zum 10. Oktober findet in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm die „Große Polizeiausstellung 1926“ statt. Wegen der Ausstellung allein würde man in den Straßen Berlins gewiß keine Triumphbögen bauen. Aber in diesen Tagen geben sich die Polizeichefs aller Länder in Berlin ein Rendezvous. Der Chef der rumänischen Siguranza, der Leiter der polnischen Defensive, der Häuptling der „öffentlichen Sicherheit Bulgariens“ werden Arm in Arm mit Severing, dem Veranstalter der Ausstellung, gefolgt von dem Polizeigewaltigen Londons, Paris' und Neuyorks, deren Nachtrab die Polizeipräsidenten der übrigen teilnehmenden Länder bilden, durch die Ehrenpforten schreiten, um gemeinsam Beratungen zu pflegen. Der Locarno-Geist, die „Luit von Genf“, die der Führer der rumänischen Völkerbundsdelegation, der Minister Mitilineu vor kurzem im „Berliner Tageblatt“ im Bardenont laut pries, ist nach Berlin importiert worden, Sie soll ihre Wunderwirkung auf dem Polizeigebiet zeigen „in zwanglosen Zusammenkünften“, so verkündet der gedruckte Ausstellungsführer, „sollen die Polizeifachleute aller Staaten ihre vielseitigen Erfahrungen in der wirksamen Bekämpfung des internationalen Verbrechertums austauschen, um wertvolle Anregungen für eine erfolgreiche Tätigkeit der Polizei in den einzelnen Ländern zu gewinnen und neue Wege für ein gemeinsames Zusammenwirken aller Regierungen und Polizeiverwaltungen in dem Kampf gegen das internationale Verbrechen zu erschließen.“

In geheimen Beratungen wird die genaue Interpretation darüber gegeben werden, was unter „Bekämpfung des internationalen Verbrechertums“ zu verstehen ist. Es handelt sich hierbei gewiß nicht in erster Linie um kriminelle Fragen, sondern um politische. Es handelt sich um Pläne, die sich gegen die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung auswirken sollen. Denn während der großen Polizeiausstellung findet vom 27. bis 30. September in Berlin der Dritte Kongreß der Polizeiinternationale statt, deren erster Kongreß in Wien 1923 tagte, und die in Neuyork 1925 ihren 2. Kongreß abhielt.

Selbst aus den sehr geheim geführten Verhandlungen des Wiener Kongresses drang soviel in die Öffentlichkeit, besonders in die ungarische und in die amerikanische Presse, daß man deutlich Anhaltspunkte dafür erkennen konnte, daß der Hauptzweck der Polizeiinternationale ist, ein enges Netz über die ganze Welt zu spannen, um die Tätigkeit der revolutionären Arbeiterbewegung damit ersticken zu können.

Gelang es noch, die politischen Beschlüsse des Ersten Kongresses nicht allzu sehr in die Öffentlichkeit kommen zu lassen, so war die Situation beim zweiten Kongreß in Neuyork wesentlich anders. In demselben Maße, wie die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung im „freien Amerika“ noch viel zynischer, brutaler und offener ist, war auch die Sprache der amerikanischen Presse während des Kongresses viel offener und eindeutiger. Während des Neuyorker Kongresses schrieb die amerikanische Journalle viel mehr über „die Gefahr des Bolschewismus“ als über die internationale Verfolgung von kriminellen Verbrechern.

Nur auf Umwegen erfährt man, welche Aufgaben die Initiatoren und Förderer dem gegenwärtigen Kongreß stellen. Ungarische Zeitungen plauderten über die Kongreßpläne doch einiges aus. So schrieb zum Beispiel die ungarische Monatszeitung „A Reggel“:

„Die ungarische Polizei hat in den letzten Monaten das Fehlen eines unmittelbaren Kontakts mit der Polizei der anderen Länder auf dem Gebiete der Aufdeckung illegaler, kommunistischer Organisationen zu spüren bekommen.“

In diesem Zusammenhang berichtet die Zeitung weiter, daß die Polizeibehörden mehrerer europäischer Staaten bereits die Bildung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft angestrebt hätten, deren Zweck die Ermittlung und Bekämpfung kommunistischer Organisationen in den verschiedenen Ländern ist. Bisher liegen die Verhältnisse so, daß eine Polizeiaktion gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, von einem Lande eingeleitet, in einem anderen Lande nur dann fortgesetzt werden kann, wenn vorher über das jeweilige Außenministerium auf diplomatischem Wege die Zustimmung zum

Weiterarbeiten in dem anderen Lande eingeholt worden ist.

Der Wiener Polizeipräsident, der sich seine blutigen Sporen durch seine Glanzleistung vom 15. Juni 1919, wobei 16 Proleten das Wiener Straßpflaster bedeckten, verdient hat, gedenkt dem bisherigen Zustand ein Ende zu machen. Den gegenwärtigen Kongreß beschäftigt sein Projekt, das darin gipfelt, in Fällen, in denen es sich um kommunistische Organisationen handelt, das polizeiliche Ermittlungsverfahren unter Ausschaltung



Polnische Polizei „säubert“ die Straßen Warschaws bei einer Arbeitslosendemonstration

der diplomatischen Instanzen zu internationalisieren. Die Polizeiinternationale als eine exakt funktionierende Maschinerie zur Bekämpfung der Revolutionäre im internationalen Maßstab, daß ist die Aufgabe, die der Kongreß erfüllen soll.

Es ist daher kein Wunder, daß dieser Plan des Wiener Polizeipräsidenten Schober die förderndste Unterstützung gerade der wütendsten Unterdrücker der revolutionären Bewegung gefunden hat: Choteny, gegenwärtig Chef der ungarischen Polizei, und Wojnescu, Chef der blutbesudelten rumänischen Siguranza, unterstützen nach Kräften die Verwirklichung des Schoberschen Planes, der in der Praxis die Aufhebung des Asylrechts und die Gleichstellung der Ueberzeugungverbrecher mit den kriminellen Verbrechern bedeutet.

In der Form der „Verbesserung des administrativen Verfahrens“ soll es den Polizeibehörden — wenn es nach dem Willen der Schober, Choteny, Wojnescu und Kollegen geht — ohne viel Aufhebens zu machen, ohne, daß die Öffentlichkeit etwas erfährt, möglich sein, Revolutionäre, in welchem Lande man sie auch immer antreffen mag, zu verhaften und an die Polizei der Terrorländer zu überweisen. Die Durchführung des Schoberschen Planes bedeutet die Aufhebung der bestehenden Auslieferungsverträge und die Kassierung des in einer Reihe von Ländern gesetzlich garantierten Asylrechts.

Die Polizeiinternationale hat sich mit dem Schoberschen Projekt enthüllt: Ihr nach außen betonter krimineller Zweck ist nur Fassade. Ihre Praxis heißt: Internationalisierung der Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Der bisher von den perußischen Veranstaltern so sorgsam verheimlichte Dritte Kongreß der Polizeiinternationale, seine enthüllten nengesteckten Aufgaben zeigen deutlich die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung, die im Feuer des revolutionären Kampfes stahlhart geworden. Sie beweist nur, daß trotz aller Polizeimethoden, trotz des blutigsten Terrors die klasesnbewußte Arbeiterschaft bisher nicht unterzukriegen war und sie wird fernerhin beweisen, daß auch mit den neuen Methoden des Polizeiterrors die Kraft der Arbeiterklasse zum Kampf nicht zu brechen ist.

Das ist der Gruß der Roten Hilfe, der Sanitätskolonne des kämpfenden Proletariats, der Kämpferin gegen Justiz- und Polizeiterror an den Dritten Kongreß der Polizeiinternationale.



darität der politischen Gefangenen bedrohen, widerstehen werden, daß wir es nicht erlauben werden, die Ehre des Revolutionärs zu beflecken. Wir werden unsere Familien mit größter Entschiedenheit von diesen Schritten zurückhalten suchen, wir werden darauf achten, daß keiner von uns durch erniedrigende Bitten um Gnade die Freiheit erkaufen soll. Und wenn sich solche finden sollten, so werden wir sie mit der größten Verachtung, als unwürdig des Namens Revolutionär brandmarken und ihn nicht mehr als solchen betrachten.

Arbeiter und Bauern, Arbeiterinnen von Stadt und Land! Nur unser geschlossenes Auftreten kann die Regierung zum Erlaß einer vollständigen Amnestie zwingen. Wir fordern Euch auf, gemeinsam mit uns gegen das Regierungsprojekt Protest zu erheben, gemeinsam mit uns die Freilassung aller politischen Gefangenen zu fordern!"

Die werktätigen Massen Polens haben im Sinne dieser Aufforderung das schändliche Amnestieprojekt der Pilsudski-Regierung mit Hohnlachen empfangen und mit gesteigertem

Kampf um die Befreiung der gefangenen Klassenbrüder beantwortet. Das innerparteiliche Amnestiekomitee meldet von Tausenden von Unterschriften, die bereits für diese Forderung gesammelt worden sind. Ein großer Teil davon stammt von den Bauern aus Westweißrußland und der Westukraine, aus einem Gebiet, wo man durch jedes noch so schüchterne Auftreten gegen die herrschenden Gewalten die eigene Freiheit und oft das eigene Leben aufs Spiel setzt. Oft unterschrieben ganze Dörfer mit 200 bis 300 Unterschriften. Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen wird in zahllosen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und in öffentlichen Kundgebungen erhoben, sie erscheint immer wieder, auf rote Fahnen geschrieben, in den polnischen Städten und Städten. Zum erstenmal vielleicht im unabhängigen Polen ist der Kampf um die Amnestie zu einer Massenbewegung geworden. Und die Nachricht über jede, auch die geringste Unterstützungsaktion seitens des ausländischen Proletariats gibt der Bewegung neuen Schwung, flößt ihr neue Kraft und Hoffnungsfreudigkeit ein.

## Genosse George Lansbury beim Exekutivkomitee der IRH.

Genosse George Lansbury, einer der hervorragendsten Führer des linken Flügels der britischen Arbeiterpartei, hat sich durch seine aktive Mitarbeit große Verdienste um die Rote Hilfe Englands erworben. An der Amnestiekampagne der Roten Hilfe Englands für die eingekerkerten Kommunistenführer und Bergarbeiter von Süd-Wales Anfang dieses Jahres hat Genosse Lansbury tätigen Anteil genommen und auch während des Generalstreiks sich ganz in den Dienst der internationalen Solidarität gestellt.

Während seines kürzlichen Aufenthaltes in der Sowjetunion erstattete Genosse Lansbury auch dem Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe einen Besuch ab, um über die Rote-Hilfe-Tätigkeit in England zu berichten und den Ausbau der Unterstützungsarbeit für die Opfer des Generalstreiks und der Bergarbeiteraussperrung zu diskutieren. Wir geben im folgenden einen Auszug aus der Rede des Genossen Lansbury in der Sitzung des Exekutivkomitees der IRH.:

„Genossen!

Es ist mir eine Freude, feststellen zu können, daß Ihre Organisation die erste, ja, die einzige ist, deren Aufgabe darin besteht, den Opfern des Klassenkampfes in allen Ländern zu helfen, und ich freue mich sehr, daß ich mich gegenwärtig im internationalen Generalstabe desjenigen Landes befinde, das vorläufig noch das einzige Land mit einer international eingestellten Regierung ist.

Das Komitee unserer englischen Sektion der IRH. besteht aus ganz verschiedenartigen Elementen. Mir will scheinen, als ob in ihm sogar mehr Vertreter des rechten als des linken Flügels der Arbeiterbewegung sind. Wie dem aber auch sei, sie erkennen alle den außerordentlichen Wert der von unserer Organisation geleisteten Arbeit an.

Es würde zu weit führen, wenn ich all das aufzählen wollte, was im Laufe der letzten zwei Jahre geleistet worden ist. Wir durchleben jetzt in England eine sehr schwere Zeit. Es ist noch nicht lange her, da konnten wir Reden halten wie wir wollten. Jetzt hat sich das alles vollständig geändert. Menschen werden ins Gefängnis geworfen für ein Wort, für einen Artikel, die das ausdrückten, was nach Meinung der Regierung nicht ausgesprochen oder geschrieben werden darf. Hier in Rußland hat die Arbeiterschaft den Zarismus abgeschafft, und mir will es fast scheinen, als habe sich dessen Geist auf unseren Inseln eine Zuflucht gesucht, so unbegreiflich kommt mir alles vor, der ich in der Ueberzeugung erzogen wurde, daß in England alles, was man will, frei gesagt und geschrieben werden kann.

Unsere Gewerkschaften messen jetzt dieser Tatsache keine besondere Bedeutung bei. Dieser Umstand läßt sich recht schwer erklären, aber ich glaube, dies kommt daher, weil sie Menschen, insbesondere Kommunisten, die für ihre Rede oder Artikel ins Gefängnis geworfen werden, als unruhige Elemente ansehen und sich daher nicht verpflichtet glauben, ihnen zu helfen. Wenn wir also Geldmittel für die Unterstützung von den Frauen und Kindern der politischen Gefangenen brauchen, dann sind wir genötigt, uns an die IRH. zu wenden. Unsere größte Leistung in der Zeit vor dem Streik war die Unterstützung von sehr vielen Menschen im ganzen Lande. Wir veranstalteten Meetings zur Sammlung von Geldmitteln für die Frauen und Kinder politischer Gefangener.

Bevor ich zu unserer Tätigkeit im Verlaufe des Generalstreiks und der Aussperrung übergehe, möchte ich nochmals betonen, daß die herrschende Klasse mit der Zuspitzung des Klassenkampfes in England immer reaktionärer wird. Die alte Vorstellung, daß in England volle Freiheit bestehe und England dasjenige Land ist, wohin sich ein jeder vor Verfolgungen retten könnte, gehört jetzt der Vergangenheit an. Politische Emigranten läßt man nicht mehr nach England hinein und der bloße Verdacht, daß es sich um politische Emigranten handelt, genügt schon, um den Betroffenen die Grenzen Englands zu versperren.

Als am 1. Mai 1926 der Generalstreik ausbrach, da schritten wir sofort ans Werk und taten alles, was nur möglich war, um eine Sammelaktion für die Bergarbeiter zu organisieren. Natürlich taten die Gewerkschaften das gleiche. Sie gewährten Unterstützungen an Streikende und Ausgesperrte und organisierten im ganzen Lande die Hilfstätigkeit in dieser oder



Genosse Lansbury vor dem Eingang zum Exekutivkomitee der IRH. in Moskau



jener Form. Als aber der Streik abgebrochen wurde, da begann erst für uns die ganze Schwere der Arbeit. Am Ende des Streiks zählte man Tausende, tatsächlich Tausende von Opfern. Ich richtete an den Gewerkschaftskongreß die Anfrage, was er für diese Unglücklichen zu tun gedächte. Man antwortete mir, daß diese Frage beraten werden sollte, und, soviel mir bekannt ist, berät er sie heute noch.

Die politischen Gefangenen würden ohne unsere Organisation jeglicher Hilfe entbehren. Ich erhalte zahllose Gesuche um Hilfe. Als wir eine Massenversammlung in Albert-Hall organisierten, faßten wir daher den Beschluß, den vierten Teil des Ertrages dieser Veranstaltung an den Fonds der IRH. zu überweisen. Auf diesem Meeting erbrachte die Geldsammlung und der Verkauf von Wertsachen die Summe von 1300 Pfund Sterling (26 000 Mark.) Viele anwesende Vertreter des Kleinbürgertums opferten ihre Schmucksachen. Eine Frau übergab uns ihr Armband, das wir in einer Lotterie für 250 Pfund Sterling (5000 Mark) verlost. Auf diese Weise erhielten wir die Möglichkeit, den Familien der Opfer zu Hilfe zu kommen.

Nun möchte ich noch mit einigen Worten die Stimmung der Arbeiter gegenüber der Internationalen Roten Hilfe schildern. Ich trat zweimal in Manchester auf. Einmal näherte sich mir ein armer Arbeiter — auf seine Armut konnte man seinem Anzuge nach schließen — und übergab mir 4 Schilling 8 Pence für unseren Fonds. Ein anderer junger Arbeiter übergab uns seinen ganzen Wochenlohn. Sie sehen daraus, daß das Verhältnis der Arbeiter zu uns ein ausgezeichnetes ist. Was ich Ihnen soeben erzählte, betrifft einzelne Personen, ich

muß aber unterstreichen, daß wir früher oder später eine Organisation haben müssen, die imstande ist, in jedem Lande Sammlungen für ein jedes andere Land zu veranstalten, wo die Arbeiterklasse einem Angriff oder Verfolgungen durch ihre bürgerliche Regierung oder die Kapitalisten ausgesetzt ist. Wir müssen den Arbeitern zu verstehen geben, daß wir tatsächlich an das Prinzip glauben: „An injury to one is an injury to all“ (Ein Unrecht gegen einen ist ein Unrecht gegen alle). Es muß ihnen klar werden, daß es das gleiche ist, ob ein Russe durch einen Polen oder ein Engländer durch einen Russen unterstützt wird. Das ist die große Aufgabe der IRH. Ich will bemerken, daß gegenwärtig in England eine sehr große Anzahl von Arbeitern mit ihren Familien materielle Hilfe genießt, und, was das wichtigste ist, daß hierdurch die Stimmung frisch und ihr Kampfesmut ungebrochen erhalten werden. — und das alles dank unserer Organisation.

Die Internationale Rote Hilfe wird den englischen Arbeitern behilflich sein, den Anschluß an das Gefühl der internationalen Solidarität zu finden und im Namen dieser internationalen Solidarität übermittle ich Ihnen, Genossen, heute nicht in schriftlicher Form, sondern durch das lebendige Wort, die Gefühle der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit Eurer Genossen aus der britischen Arbeiterklasse.

Ich hoffe und wünsche von Herzen, daß unsere Organisation die Kräfte sammeln wird, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe braucht: den Opfern des Klassenkampfes zu helfen bis zu dem Tage, an dem der Klassenkampf für immer aus den Blättern der zukünftigen Weltgeschichte verschwindet.

## Der Kampf für Sacco und Vanzetti geht weiter

Vielleicht ist die Entscheidung über Leben und Tod von Sacco und Vanzetti schon gefallen, wenn dies im Druck erscheint. Am 15. September begann bereits in Dedham die neue Verhandlung des Falles vor dem Obersten Staatsgericht von Massachusetts unter dem Vorsitz des berühmten Richters Webster Thayer, der auch der früheren Verhandlung, die das Todesurteil fällte, vorstand und bereits sechs Wiederaufnahmegesuche verworfen hat. Die jetzige Verhandlung nun soll entscheiden, ob eine Wiederaufnahme des Prozesses gegen Sacco und Vanzetti erfolgt, oder ob das Urteil der ersten Instanz — Tod auf dem elektrischen Stuhl — vollzogen wird.

Die Verteidigung hat dem Gericht aufsehenerregende neue Beweise für die Unschuld Saccos und Vanzettis vorgelegt. In 61 eidesstattlichen Versicherungen wird ein lückenloser Beweis für die Unschuld Saccos und Vanzettis geführt und festgestellt, daß die Bundesregierung in Washington selbst planmäßig das Justizkomplott gegen Sacco und Vanzetti vorbereitet hat.

Bisher versuchte sich die Coolidge-Regierung gegenüber den massenhaften Arbeiterprotesten dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß sie den Behörden in Massachusetts alle Verantwortung zuschob. Sie behauptete, für die Angelegenheit unzuständig zu sein und keinerlei Recht zu haben, einzugreifen.

Diese Ausrede wird durch die eidesstattlichen Erklärungen von zwei ehemaligen Agenten des Justizministeriums in Washington, Lawrence Letherman und Frederick J. Weyland widerlegt, die bekundeten, daß die Mordanklage gegen Sacco und Vanzetti nur deshalb erhoben wurde, weil es dem Justizministerium im Jahre 1919 nicht gelungen war, die Ausweisung der beiden unbequemen Revolutionäre zu erreichen. Aus weiteren eidesstattlichen Erklärungen geht hervor, daß sich in den Archiven des Justizministeriums die Berichte von 12 Polizeispitzeln befinden, die alle die Unschuld Saccos und Vanzettis bestätigen. Diese Enthüllung hat die Verteidiger der beiden italienischen Arbeiter veranlaßt, beim Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, John G. Sargent, die Vorlegung dieser Geheimberichte zu beantragen. Dieser Antrag wurde kategorisch abgelehnt und die Richtigkeit der eidesstattlichen Erklärung damit bestätigt.

Die schwere Belastung der Coolidge-Regierung durch diese neuesten Beweismaterialien hat unter der Arbeiterschaft Amerikas höchste Erregung hervorgerufen. Eine neue Protestwelle hat sich in allen Teilen des Landes erhoben, Massenkundgebungen und Verteidigungskonferenzen fanden in mehreren Orten statt, um das Gericht zu zwingen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu beschließen.

Während dies geschrieben wird, ist der Spruch, der jeden Augenblick fallen kann, noch nicht bekannt. Sollte das amerikanische Klassengericht trotz aller Beweise auf einer Hinrichtung Saccos und Vanzettis bestehen, dann hängt ihr Leben nur noch von der Schlagkraft und Schnelligkeit der internationalen Protestaktion ab. Wenn in diesem Falle die internationale Arbeiterschaft nicht sofort mit einem Proteststurm antwortet, dann sind die glänzenden Solidaritätskundgebungen, die in fast allen Ländern der Welt im Laufe der letzten sechs



★  
Richter Webster Thayer,  
der über die Wiederaufnahme des Verfahrens  
gegen Sacco und Vanzetti  
zu entscheiden hat.  
★

Jahre für Sacco und Vanzetti stattgefunden haben, umsonst gewesen.

Aber auch dann, wenn ein Wiederaufnahmeverfahren beschlossen werden sollte, muß die Arbeiterschaft weiter wachsam bleiben. Sie muß dafür sorgen, daß in einem neuen Prozeß die Freisprechung von Sacco und Vanzetti erfolgt und ihnen eine angemessene Entschädigung zuteil wird, die freilich niemals das ungeheure Verbrechen derer wird ausgleichen können, die zwei vollkommen unschuldige Arbeiter nur deswegen, weil sie für die Interessen ihrer Klasse eintraten, sechs entsetzlich lange Jahre unter ständiger Todesdrohung im Kerker hielten.

---

**Die blutbesudelte Fratze der rumänischen Siguranza**  
zeigt die Broschüre von Vasilii Spitu: Aus den Totenhäusern Großrumäniens.  
Preis, reich illustriert, 20 Pf.



# Der Terror unter dem Regime Liaptscheff

Der Wechsel des Kabinetts Zankoff durch Liaptscheff war kein System-, sondern nur ein Personen- und Dekorationswechsel. Die Stützen des neuen Kabinetts blieben die des Kabinetts Zankoff. Die mazedonischen „Autonomisten“ sind im Kabinett durch ihren Vertrauensmann Liaptscheff vertreten. Die sogenannten unverantwortlichen Faktoren — durch die Organisatoren des Putsches vom 9. Juni 1923: General Wolkow, Kriegsminister; Oberst Slaveikow Wassilow, Eisenbahnminister; Oberst Kimon Georgieff und Professor Kureff, Justizminister. Die sogenannten „Politiker“, mit Liaptscheff an der Spitze, sind nur Schildträger derjenigen Personen und Politik, die auch früher die Lage beherrscht hatten.

Die aus hauptsächlich außenpolitischen Gründen erteilte Amnestie der neuen Regierung umfaßte in Wirklichkeit nur diejenigen, „die das bulgarische Volk geschlachtet haben, wie es sogar der Türke früher nicht gemacht hatte“ (A. Strachimiroff, ein hervorragender bulgarischer Schriftsteller, jetzt im Gefängnis). Außerdem wurden die Personen, die die drei militärischen Katastrophen herbeigeführt hatten, amnestiert. Soweit eine Amnestie tatsächlich in Frage kam, handelte es sich nur um Personen, die an den Ereignissen vom Juni 1923 und September desselben Jahres teilgenommen hatten, und um einen Teil der auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates Verurteilten, die keine Organisatoren, Führer usw. waren. Auch diese Amnestie ist nur bedingt: im Laufe von drei Jahren dürfen die Benannten keine Vergehen gegen die allgemeinen Gesetze und das Gesetz zum Schutze des Staates begehen. In Wirklichkeit sind diese Amnestierungen nur eine besondere Manifestation des weißen Terrors in Bulgarien, denn die Amnestierten werden von den ungeheuren Geldstrafen, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen, nicht befreit. Außerdem sind sie einer besonderen Polizeikontrolle unterstellt, der Willkür der Regierungspartisanen ausgeliefert und sind faktisch ihrer bürgerlichen Freiheiten im Laufe von drei Jahren beraubt, damit sie die ihnen erteilte Amnestie „genießen“ können. Unter anderem bezweckte diese „Amnestie“ die Freimachung von neuen Plätzen in den Gefängnissen für die zahlreichen neuen Verhafteten, die gegen das Gesetz zum Schutze des Staates und das Gesetz gegen das Räubertum verstoßen hatten.

Die Morde und die Fälle von spurlos „Verschwundenen“ dauerten und dauern noch weiter an, auch unter dem „neuen“ Kurs der Regierung Liaptscheff. Das bereits erlassene Gesetz betreffend die Regelung der Erbschaftsverhältnisse der Angehörigen von „spurlos Verschwundenen“ wird uns nach und nach die Möglichkeit geben, die Namen und einen beträchtlichen Teil dieser Opfer, der unverantwortlichen Faktoren kennen zu lernen. Dabei handelt es sich um ganz authentische Angaben, die von niemanden bezweifelt werden können. Wir müssen aber betonen, daß dieses Gesetz sich nicht auf die neuen Fälle von „spurlos Verschwundenen“ erstreckt. Nebenbei bemerkt, sind die Formalitäten betreffend die offizielle Anerkennung und Bekanntmachung der „Verschwundenen“ so kompliziert und langwierig, daß ihre Angehörigen monatelang unter Ueberwindung von großen Hindernissen bei den verschiedenen Stellen herumlaufen müssen.

Die Gerichte sind kaum in der Lage, die Masse von früheren und neuen Prozessen zu bewältigen, neue und immer grausamere Urteile zu fällen, und die Gefängnisse, die schon von früher mit Gefangenen und Verurteilten überfüllt waren, werden mit zahlreichen neuen Opfern des faschistischen Regimes in Bulgarien vollgestopft. Nach unseren unvollständigen Nachrichten befinden sich allein in den Gefängnissen von 17 Städten 733 politische Gefangene.

Dabei weiß man, daß in Bulgarien 90 Städte sind, in denen es ständige bzw. vorübergehende Gefängnisse gibt, in denen Tausende proletarischer Opfer schmachten. Das Netz der Polizeigefängnisse und der Büros der sogenannten „öffentlichen Sicherheit“ erstreckt sich über das ganze Land, ein-

schließlich sämtlicher Dörfer. Die Regierung erteilt absichtlich keine Auskunft über die Zahl der Verhafteten, der „Verschwundenen“ usw., damit auf diese Weise im Dunkel der Ungewißheit den unverantwortlichen Faktoren die Möglichkeit gegeben wird, ihre Schandtaten weiter fortzusetzen. Das Regime in den Gefängnissen und in den Polizeirevieren ist entsetzlich und kaum beschreiblich. Die politischen Gefangenen genießen nicht einmal diejenigen äußerst beschränkten Rechte, die ihnen die faschistischen Gesetze geben. Die oppositionelle und Regierungspresse berichtet sehr oft von Ermordungen von Verhafteten und Gefangenen, sei es in den Gefängnissen, sei es bei der Ueberführung durch „unbekannte Mörder“, die immer „unbekannt“ bleiben. Außerdem werden Gefangene bei



Vukasin Marcowicz, der montenegrinische Freiheitskämpfer, ist nach seiner Ausweisung aus Oesterreich in Moskau eingetroffen. Nur dem Druck der Wiener Arbeiterschaft ist es zu danken, daß Genosse Marcowicz nicht in die Klauen der jugoslawischen Regierung ausgeliefert wurde.

Fluchtversuchen oder bei sogenannten „Räuberüberfällen“, die zum Zwecke der Befreiung der Gefangenen unternommen werden, getötet.

Seit Anfang dieses Frühjahrs organisiert die Regierung Verfolgungsabteilungen unter dem Vorwand, daß sie sie gegen „Räuberbanden“ verwenden will, und indem sie den großen Lärm, den die Regierung über die „Räubergefahr“ anschlug, ausnützt, setzen die unverantwortlichen Faktoren die systematische Beseitigung der noch nicht beseitigten aktiveren und bewußteren Elemente unter den Arbeitern und Bauern fort. Es genügt, die Ortschaften, in denen die Regierung Verfolgungsabteilungen organisiert hat, zu nennen, um daraus zu ersehen, daß das Netz dieser Verfolgungskampagne gegen erfundene Räuber tatsächlich gegen die arbeitende Bevölkerung der Städte und des Landes gerichtet ist. So wurden Verfolgungsabteilungen in folgenden Bezirken organisiert: Sofia, Orhana, Godetsch, Wratza, Ferdinand, Berkowiza, Banagurische, Tatar-Besartschik, Philippopol, Jambur, Burgas, Küfendill, Petritsch, Russe, Warne, Schumen, Kuschu-Kawak, Orta-Koy, zuletzt auch in Lowatsch, Trojan und Tetewet.

Das unanhörliche Geschrei der Regierungspresse, daß die „Gesellschaftssolidarität“ herabgesunken sei, daß das Volk, anstatt die Regierung zu unterstützen, den Räubern Unterkunft gewährt, daß das Räubertum tief in den „illegalen und Zerstörungselementen“ der Bevölkerung wurzelt, und daß gegen diese strenge Maßnahmen ergriffen werden müssen, — alles das zeigt vollkommen klar, welche Ziele sich die Verfolgungsabteilungen Liaptscheffs mit ihrem Kampf gegen das „Räubertum“ setzen.

## Die Meuterei auf dem französischen Kreuzer „Metz“

Der Fall des Kreuzers „Metz“ ist nur das letzte Glied in einer endlosen Kette von Empörungen der Matrosen der französischen Kriegsschiffe im Mittelmeer. Bereits im Juni 1925 begannen die Erhebungen auf den französischen Kriegsschiffen. Nach dem Kreuzer „Courbet“, auf dem sich die Heizer und Maschinisten weigerten, den Dienst auf See anzutreten, versammelten sich auf dem Kreuzer „Paris“ die Mannschaften auf hoher See und veranstalteten Kundgebungen gegen den Marokkokrieg. Ihnen folgten die Schiffe „Jean Bart“, „Straß-

burg“ und „Provence“. Die „Rädelsführer“ dieser Aufstände wurden „in aller Stille“ zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Ueberall stößt die französische Regierung auf Widerstände unter den Matrosen. Auf dem Schiffe „Voltaire“ werden zwei Matrosen zu zwei resp. drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf dem Schiff „Bretagne“ wird ein Matrose zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil er Flugblätter verteilt hat. Die Mannschaften der Schiffe „Mühlhausen“, „Marokkaner“ und „Senegaler“ veranstalten Kundgebungen. Die Mannschaft des



Schiffes „Lievant“ erscheint demonstrativ zur Begrüßung des Sultans Muley Jussef in Arbeitskleidung, anstatt in Gala. Der Anführer Dreane wird ins Gefängnis geworfen.

Bei all diesen Vorgängen hat es sich um ausgesprochen politische Demonstrationen gehandelt; der Grund der Unzufriedenheit der Matrosen des Kreuzers „Metz“ war jedoch mehr wirtschaftlicher Natur. Nachdem die Maschinisten und Heizer dieses Kreuzers bereits ihr äußerstes an Arbeit hergegeben hatten, — sie hatten nächtelang doppelte Schichten zu machen, — wurde ihnen am 27. April eine noch längere Arbeitszeit angekündigt, das heißt, eine solche von etwa 16 bis 18 Stunden am Tage. Die Maschinisten und Heizer, die durch Hunger und Müdigkeit erschöpft waren, weigerten sich, auf ihren Posten zu gehen. Da forderte der Obermaschinist sie alle auf, ihre Forderungen schriftlich niederzulegen und einen Vertreter zu wählen, der ihre Forderungen dem Kommandanten unterbreiten sollte. Die Mannschaft wählte hierzu einstimmig den Matrosen Petitot. Die Forderungen werden als berechtigt anerkannt und bewilligt. Doch am selben Tage gibt der Kommandant den Befehl, das Schiff nach Oran (Algier) zu fahren, läßt Petitot festnehmen, mit ihm drei andere Matrosen, Bizet, Ronchail und Briere, und ohne jede Erklärung ins Gefängnis von Oran transportieren. Dort werden die vier Matrosen 54 Tage festgehalten, ohne überhaupt verhört zu werden. Endlich am 10. Juni erfahren die vier Matrosen, daß sie wegen „Komplots gegen den Kommandanten“ verhaftet sind. Ein Delikt, auf das eine Strafe von 5 bis 20 Jahren Zuchthaus steht. Eine unerhörte Beschuldigung, wenn man bedenkt, daß die Matrosen ausdrücklich aufgefordert wurden, ihre Forderungen zu formulieren und daß diese als berechtigt anerkannt worden sind.

Nachdem die Matrosen endlich von einem Admiral verhört worden sind, muß dieser zugeben, daß die Anklage des Komplots nicht aufrecht erhalten werden kann, doch er läßt

sie weiter in Haft und erklärt, daß ihr Verbrechen „Meuterei angesichts des Feindes“ sei, auf welches die Todesstrafe steht, wenn nicht mildernde Umstände vorliegen, die diese Strafe in Zwangsarbeit umwandeln könnten. Ein Verteidiger wurde ihnen nicht gewährt, da ihnen nach den Kriegsgesetzen ein solcher erst drei Tage vor Beginn des Prozesses zusteht. Alle Anstrengungen der Roten Hilfe Frankreichs in diesem Sinne waren fruchtlos.



Der Matrose Petitot

So sollten die Matrosen Anfang September vor dem Kriegsgericht in Toulon erscheinen. Der Prozeß mußte jedoch vertagt werden, da der Hauptangeklagte Petitot an einem schweren Ohrenleiden, das er sich im Dienste zugezogen hat, krank daniederliegt und einige Tage vor Beginn des Prozesses in ein Marinelazarett überführt werden mußte.

Der Fall des Kreuzers „Metz“ ist von der gesamten bürgerlichen Presse Frankreichs totgeschwiegen worden. Nur die Arbeiterpresse hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diesen unerhörten Fall gerichtet, der deutlich zeigt, wie groß einerseits der Widerstand der Matrosen gegen den imperialistischen Kolonialkrieg ist und wie andererseits die faschistischen Militärs mit den brutalsten Mitteln diesen Widerstand unterdrücken wollen, der ihnen in seinem Ausmaße bereits gefährlich wird.

Der Fall des Kreuzers „Metz“ ist von der gesamten bürgerlichen Presse Frankreichs totgeschwiegen worden. Nur die Arbeiterpresse hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diesen unerhörten Fall gerichtet, der deutlich zeigt, wie groß einerseits der Widerstand der Matrosen gegen den imperialistischen Kolonialkrieg ist und wie andererseits die faschistischen Militärs mit den brutalsten Mitteln diesen Widerstand unterdrücken wollen, der ihnen in seinem Ausmaße bereits gefährlich wird.

## Zuchthaus und Verbannung (Das Museum der Revolution)

Von A. G. Uschakow.

In Leningrad, in der Stadt der Revolution, die als erste das Banner des Aufstandes vom 14. Dezember 1825 wehen sah, in der sich die Ereignisse von 1905 abspielten, in die der Februar 1917 einzog, und in der endlich der siegreiche rote Oktober sich erhoben hatte, in dieser Stadt wurde vor sechs Jahren das erste Denkmal der Revolution gesetzt — den Gefallenen zum Nachruhm und den Lebenden zur Ehre.

Dieses Denkmal ist das Museum der Revolution.

Dieses Museum in Leningrad hatte ursprünglich drei Abteilungen, die die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland der letzten hundert Jahre illustrieren. Am 21. Dezember 1925 wurde die vierte Abteilung eröffnet — „Zucht-

haus und Verbannung“. Sie befindet sich in fünf großen Sälen: es ist die Geschichte von dem dornenvollen Wege des gefangenen Revolutionärs.

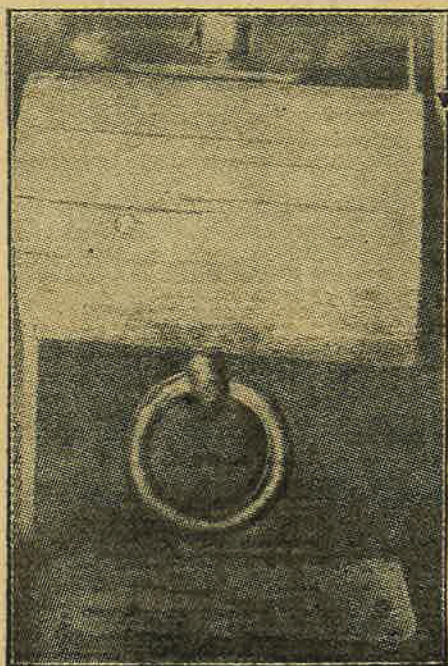
— Aller seiner Rechte beraubt, in Schneewüsten begraben, der Willkür der Wache oder der Ortsverwaltung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, in Eisen gefesselt — hörte der Revolutionär niemals auf zu kämpfen. Und dieser Kampf „Um die Ehre des Revolutionärs“ und um die „Menschenrechte“ steht im Mittelpunkt der ganzen hundertjährigen Geschichte des Zuchthauses und der Verbannung. Hungerstreik, Meutereien, Flucht, Terror und endlich Selbstmord — das sind die Formen dieses Kampfes.

Die Abteilung „Zuchthaus und Verbannung“ schildert diesen Kampf.

Die ersten drei Säle schildern uns mit ihren Modellen der verschiedenen Verbannungsorte, Gefängnisse und Zuchthäuser, mit ihren Karten der Wege, die die Deportierten zurückzulegen hatten, mit ihren Nachbildungen der Gefangenenwaggons, Flußkähnen, Etappenbaracken und Orten der Strafarbeit das Leben der Revolutionäre in der Gefangenschaft.

Besonders anschaulich illustriert sind zwei bekannte Protestaktionen der Verbannten von Jakutsk. Die erste, im Jahre 1889, endete schlimm genug: sechs Mann wurden gleich an Ort und Stelle erschlagen, die sterbende Genossin S. Gurewitsch ist von den Soldaten mit Bajonetten erstochen worden, drei weitere wurden gehängt, darunter Kagan-Bernstein, der auf der Tragbahre zum Galgen gebracht wurde. Die zweite Meuterei im Jahre 1904, an der 55 politische Gefangene teilnahmen, verlief günstiger. Man hatte eine gute Erfahrung hinter sich, man versah sich mit Proviant und Waffen, so daß man sich in dem Hause, in dem man sich verschanzt hatte, lange Zeit verteidigen konnte; es fand eine förmliche Belagerung statt, bei der schließlich nur ein Mann getötet wurde. Von diesem bewaffneten Massenaufstand sprach damals die ganze ausländische Presse.

Dann ist der Verbannungsort Srednekolymsk zu erwähnen — der nördlichste Punkt, wo die Gefangenen mit eigenen Mitteln eine meteorologische Station errichteten. Dieser Verbannungsort zeichnet sich dadurch aus, daß dort sehr viele geisteskrank wurden, mit dem Selbstmord endeten, an Tuberkulose und Hunger starben; von diesem Srednekolymsk sagte damals ein höherer Beamter des Polizeidepartements: „Wir



★  
Der Balken mit dem Ring, an dem die sogenannten „Staatsverbrecher“ in Schlüsselburg gehängt wurden.  
★



## Aus der Arbeit der Bezirke im Monat Juli

**Berlin-Brandenburg:** Die organisatorische Arbeit im Monat Juli konzentrierte sich hauptsächlich auf die Vorbereitung der Bezirkskonferenz, die am 24. und 25. Juli stattfand. (Bericht über die Bezirkskonferenz ist in Nummer 8 des „Roten Helfers“ enthalten.) In allen Ortsgruppen wurde zur Frage des organisatorischen Aufbaues, der Propaganda und zu den praktischen Maßnahmen für den Kampf gegen die Klassenjustiz und den weißen Terror Stellung genommen. Von den Ortsgruppen wurden insgesamt 24 Anträge, die sich mit den oben angeführten Fragen beschäftigten, eingereicht. Neben diesen umfangreichen innerorganisatorischen Arbeiten wurde die Polenkampagne begonnen. In 12 öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen wurde Stellung genommen zu den furchtbaren Kerkerregeln im Pilsudski-Polen und von jeder Versammlung wurden Protestschreiben an die polnische Regierung in Warschau und an die polnische Gesandtschaft in Berlin abgeschickt. Drei Delegationen, gewählt in öffentlichen Versammlungen, eine in der Groß-Berliner Funktionärkonferenz der RHD, und eine Delegation aus einem Betrieb verlangte persönlich in der polnischen Gesandtschaft die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen in Polen. Die Kampagne für die sofortige Freilassung von Rakosi und Vagi in Budapest und für Sacco und Vanzetti in Amerika wurde tatkräftig durchgeführt. Am 12. Juli, dem Beginn des Rakosi-Prozesses, fanden in Berlin zwei große Demonstrationen für die heldenhaften Kämpfer in Ungarn statt. Delegationen aus öffentlichen und Mitgliederversammlungen überbrachten der ungarischen und amerikanischen Botschaft die Forderungen des klassenbewußten Proletariats Deutschlands. Selbst der „Vorwärts“ mußte notgedrungen von dieser Delegationsbewegung Notiz nehmen, konnte sich aber dabei nicht verweigern. erneut die Lüge zu behaupten, die Rote Hilfe sei eine rein kommunistische Organisation.

**Bezirk Oberschlesien:** Vom Bezirksvorstand wurden für den 23. Juli ADGB. u. SPD. eingeladen, an einer gemeinsamen Protestkundgebung „Gegen den weißen Terror in Polen, für eine allgemeine politische Amnestie“ teilzunehmen. An der vorbereitenden Sitzung fehlten aber die Bezirksorganisationen des ADGB. und der SPD., was bei den ernsten und klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeitern eine nicht geringe Erregung hervorrief. Die Leserzahl des „Roten Helfers“ erhöhte sich im Monat Juli von 250 auf 380. 64 neue Mitglieder wurden gewonnen.

**Bezirk Erzgebirge-Vogtland.** Die Mitgliederbewegung zeigt in bezug auf Einzelmitglieder nur einen sehr mäßigen Aufstieg. Im Berichtsmonat konnte eine Ortsgruppe neu gegründet werden. Doch läßt das pünktliche und regelmäßige Abrechnen einer Anzahl Ortsgruppen sehr viel zu wünschen übrig.

**Bezirk Westsachsen.** Der Juli stand im Zeichen der Kinderheim-Sammelwoche verknüpft mit dem weiteren Aufbau der Organisation und der Durchführung der Polenkampagne. Es wurden insgesamt 85 Veranstaltungen und 4 Bezirksvorstandssitzungen abgehalten. Alle Versammlungen wurden durch selbst hergestellte Handzettel einberufen. Für öffentliche Versammlungen gegen den polnischen Terror wurde außerdem ein Plakat herausgebracht. Im Unterbezirk Meuselwitz hat das Arbeitsgebiet Altenburg besondere Aktivität entfaltet. Zwei Landpropagandafahrten mit Haus- und Straßentagitation, unterstützt durch Rote-Frontkämpfer-Kapellen und 12 wirkungsvolle Plakate, wurden durchgeführt. Ergebnis der Sammelwoche — es wurden noch nicht alle Sammellisten abgerechnet — 260 Mark, 120 Neuaufnahmen waren das Resultat der wirkungsvollen Propaganda. In Zwenkau wurde von der Roten Hilfe eine Sitzung sämtlicher Ortsvereine und Vertreter von Organisationen einberufen, an der sich auch alle mit Aus-

nahme der Spitzen der SPD. und des Reichsbanners beteiligten. Die in dieser Sitzung beschlossene gemeinschaftliche Veranstaltung wurde abgehalten und war äußerst wirkungsvoll. 170 Mark wurden gesammelt und 30 Neuaufnahmen sind zu verzeichnen, zwei Ortsgruppen wurden neu gegründet. Für die bei dem Zusammenstoß des RFB. mit den Faschisten in Selts bei Tauchau Verhafteten wurde eine systematische Amnestiekampagne durchgeführt, die in einer Protestversammlung mit anschließender Demonstration in Leipzig gipfelte. Im RFB. wurden fünf Versammlungen mit Rote-Hilfe-Referenten abgehalten. Thema: „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht und die Aufgaben der Roten Hilfe“.

**Bezirk Halle-Merseburg:** Im Berichtsmonat wurde eine Ortsgruppe neu gegründet, und zwar von einem aus dem Zuchthaus Lichtenburg entlassenen Genossen. Die Mitgliederversammlung ist weiterhin gestiegen, und zwar von 8343 Mitgliedern im Monat Juni auf 8946 im Juli. Ein neues Kollektivmitglied mit 180 angeschlossenen Mitgliedern wurde gewonnen. Der Rote Tag in Piesteritz-Wittenberg hatte eine

lebhaft Tätigkeit der Roten-Hilfe-Organisationen anzuweisen. Die Ortsgruppe Zeitz veranstaltete ein Fest, die Ortsgruppe Gröbers eine Denkmalweihe für den vor einigen Monaten in Lichtenburg tödlich verunglückten Genossen Willi Günther. Auf dem Gewerkschaftsfest in Alleben und bei der Gedächtnisfeier für die Opfer der Märzkäufle in Beesenstedt wurden Entschlüsse gegen die ungarische Klassenjustiz und gegen die unmenschlichen Verhältnisse in den polnischen Kerkern angenommen. Die Ortsgruppe Hettstedt führte die Kampagne für die Besserung der Wohnungsverhältnisse der Genossin Krichner, deren Mann in den Märzkämpfen erschossen wurde, weiter systematisch durch.

**Bezirk Magdeburg-Anhalt.** Mitgliederstand am 31. Juli 1926 2954 Einzelmitglieder und ein Kollektivmitglied mit 1000 angeschlossenen Mitgliedern. Neugewonnen wurden im Berichtsmonat

187 Einzelmitglieder. Eigene Veranstaltungen zur Polenkampagne wurden im Monat Juli noch nicht abgehalten. Es wurden aber alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft ausgenützt, um dort die Zustände in den polnischen Gefängnissen aufzuzeigen. Für den Monat August sind in allen größeren Ortsgruppen öffentliche Versammlungen, die gegen die polnischen Kerkergruel Stellung nehmen sollen, angesetzt.

**Bezirk Thüringen.** Bis Anfang August haben bereits 24 Ortsgruppen oder mit uns befreundete Arbeiterorganisationen berichtet, daß sie zur Polen- und Rakosi-Frage Stellung genommen und entsprechende Entschlüsse abgeschrieben haben. Größere Veranstaltungen fanden statt in Nordhausen, Erfurt, Martinroda, Hildburghausen und Gotha. Der Unterbezirk Hildburghausen hat am 25. Juli eine Fahnenweihe, an der trotz des schlechten Wetters 500 Personen teilnahmen. Die Gaukonferenz des RFB., die am 18. Juli in Erfurt stattfand, wurde durch einen Vertreter des Bezirksvorstandes der Roten Hilfe begrüßt. Auf dieser Konferenz wurden nicht nur Entschlüsse zur Rakosi- und Polenkampagne gefaßt, sondern es wurde auch beschlossen, jedes Mitglied, jede Ortsgruppe des RFB. zu verpflichten, der Roten Hilfe beizutreten. Das Verhältnis zu den Korporativmitgliedern wird immer fester, weitere Organisationen haben ihre Kollektivmitgliedschaft bei der RH. bereits angekündigt.

**Bezirk Wasserkante.** Der Monat Juli stand im Zeichen der Vorbereitung für die Bezirkskonferenz am 15. August. An Hand eines bereits Mitte Juli herausgegebenen Arbeitsplanes wurden die Ortsgruppen auf die zu leistenden Arbeiten aufmerksam gemacht. Das Hauptgewicht wurde auf



Zehntägige Ferienreise des Jungspartakusbundes, Bezirk Ost-sachsen, durch die Sächsische Schweiz und Oberlausitz. Dabei wurden 41,33 Mark für die Rote Hilfe gesammelt



die straffere Erfassung und systematische Durchkassierung der Mitglieder gelegt. Die Anweisungen werden zum größten Teile befolgt und es ist deshalb auch ein erhöhter Umsatz an Beitragsmarken zu verzeichnen. Es wurden insgesamt 23 169 Marken à 10 Pfennig und 1374 Marken à 50 Pfennig gegenüber 17 080 à 10 Pf. und 883 à 50 Pf. im Monat Juni umgesetzt. Der Funktionärkörper konnte verstärkt werden. Es gibt jetzt im Bezirk 601 Funktionäre. Zum 25. Juli wurden 5 Unterbezirkskonferenzen einberufen. Diese Konferenzen gaben die Möglichkeit, mit einem größeren Teil unserer Funktionäre aus den Ortsgruppen direkt in Verbindung zu treten und mit ihnen alle Mängel der Organisation durchzusprechen. Anlässlich des Roten Tages in Hamburg wurde die Protestresolution für die Genossen Sacco und Vanzetti von etwa 40 000 Demonstranten angenommen. Eine Protestresolution gegen den Pilsudski-Terror in Polen kam nur wegen eines technischen Versehens nicht zur Abstimmung. Der Bezirksvorstand hat zur Vorbereitung aller auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben drei Sitzungen abgehalten. In den Ortsgruppen und Bezirken fanden insgesamt 36 Funktionärsitzungen, 31 Vorstandssitzungen, 19 Mitgliederversammlungen und zwei Kundgebungen statt. Die Ortsgruppe Bramfeld hielt am 25. Juli einen Rote-Hilfe-Tag ab. Eine Demonstration durch den Ort und ein daran anschließendes Sommerfest brachten einen Ueberschuß von 188 Mark. — Die Hamburger Distrikte St. Pauli-Süd, St. Pauli-Nord und Neustadt hatten am 24. Juli eine Werbekundgebung. Im Monat Juli wurden 113 neue Mitglieder gewonnen. Sieben neue Ortsgruppen wurden gegründet, so daß jetzt 69 Ortsgruppen im Bezirk bestehen.

**Bezirk Nordwest.** Die Arbeit des Bezirks mußte sich im Monat Juli auf die Vorarbeiten für die Eröffnungsfeier des Kinderheims „Barkenhöf“ konzentrieren. Die Polen-Kampagne kann daher erst im Monat August voll in Angriff genommen werden. Am 4. Juli fand in Nordenham ein Roter Tag statt, an dem die dortige Ortsgruppe fleißig Propaganda machte. 20 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe und ein großer Absatz von Maiabzeichen waren das Resultat.

**Bezirk Ruhrgebiet.** Die Versammlungstätigkeit hat sich gegenüber dem Vormonat gehoben. Hauptsächlich durch die Hölz-Kampagne, die einen sehr guten Besuch aller Versammlungen mit sich brachte und auch zu einer größeren Aktivität der Ortsgruppen beitrug. Von den Ortsgruppen haben für den Monat Juni 73 ihre Organisationsberichte eingegangen. Für den Monat Juli sind bis jetzt 55 Abrechnungen eingegangen. Der Umsatz an Beitragsmarken hat sich um weitere 1148 erhöht. Der Literaturvertrieb weist eine Erhöhung der Einnahmen von über 300 Mark auf. Auch der Zeitungsumsatz ist gestiegen. Die Bezirkskonferenz am 4. Juli hat über zehn polnische Gefängnisse die Patenschaft übernommen. Während der ganzen Polen-Kampagne werden Sammlungen für die politischen Gefangenen in Polen durchgeführt. In den öffentlichen Versammlungen, hauptsächlich in den Versammlungen wo die Genossin Hölz referierte, wurden entsprechende Resolutionen angenommen und weitergeleitet. Durch den Ausspruch des Oberpräsidenten und Sozialdemokraten Hörning, der feststellte, daß eine ganze Anzahl polnischer Arbeiter in Deutschland unnötig sei, besteht bei den polnischen Arbeitern zum Teil die Meinung, daß sie ausgewiesen werden und der Klassenjustiz in Polen ausgeliefert werden könnten. Deshalb besteht bei den polnischen Arbeitern noch eine gewisse Zurückhaltung in der Bekundung ihrer Proteste gegen die polnische Regierung. Eine öffentliche Aufklärung unter den polnischen Arbeitern erweist sich als notwendig.

**Bezirk Niederrhein.** Im Unterbezirk Siegen konnten in den letzten beiden Monaten sechs neue Ortsgruppen gegründet werden. Dank einer guten Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Organisation der Friedensfreunde, die sich lebhaft an den Arbeiten der Roten Hilfe beteiligten, konnte auch die Ortsgruppe Siegen in einem Monat 100 neue Einzelmitglieder feststellen. Im Monat Juli fanden 75 Versammlungen und Sitzungen statt.

**Bezirk Mittelrhein.** Im Berichtsmonat wurden 419 neue Mitglieder gewonnen, darunter 306 Parteilose, sechs Sozialdemokraten und 107 Kommunisten. Allgemein ist fest-

zustellen, daß das Interesse an den Arbeiten der Roten-Hilfe-Organisation wächst, an sämtlichen Veranstaltungen, die von befreundeten Organisationen abgehalten werden, nimmt die Rote Hilfe mit eigenen Transparenten usw. teil, um die Rote Hilfe in den breitesten Arbeitermassen bekannt zu machen. Um an die Betriebe besser heranzukommen, werden in den Zellenzeitungen Beilagen gebracht, welche speziell die Notwendigkeit der Roten Hilfe behandeln. Zur Polen-Kampagne fanden öffentliche Protestversammlungen, darunter auch eine spezielle Versammlung für die Intellektuellen statt. Am 22. Juli wurde eine öffentliche Protestversammlung auf dem größten Platz in Köln veranstaltet, wozu die Genossen von den einzelnen Stadtteilen in Demonstrationen aufmarschierten. Mehr als 5000 Teilnehmer waren erschienen. Große Posten Literatur und Zeitungen wurden umgesetzt und gute Sammelergebnisse erreicht. Protestresolutionen an die Polnische Regierung und an die verschiedenen anderen Stellen gingen insgesamt 33 ab. An Sitzungen und Versammlungen wurden abgehalten: 17 Ortsvorstandssitzungen, 19 Funktionärsitzungen, 13 Mitgliederversammlungen, eine Hauptfunktionärversammlung in Köln, außerdem vier öffentliche Versammlungen, drei Kundgebungen, eine Demonstration, eine Rote-Hilfe-Veranstaltung. In Aachen hielt ein Mitglied der „Liga für Menschenrechte“ einen Vortrag über den weißen Terror in Bulgarien. Im Berichtsmonat trat der RFB., Gau Mittelrhein, korporativ der Roten Hilfe Mittelrhein bei. Im Monat Juli

wurden 1121 Zeitungen mehr umgesetzt als im Vormonat. Zwei Rote-Hilfe-Veranstaltungen brachten einen Ueberschuß von 140,97 Mark.

**Bezirk Hessen-Frankfurt.** Im Berichtsmonat fanden eine Bezirksvorstands-, zwei Funktionärsitzungen, 15 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Protestkundgebung und 11 Besprechungen mit den Ortsgruppen statt.

Einzelmitglieder sind bis jetzt gemeldet 2961, davon 1811 Kommunisten, 13 Sozialdemokraten, 387 Parteilose und 10 Bürgerliche. Einige Ortsgruppen haben noch keine spezialisierten Aufstellungen geliefert, daher die Differenz. Im Vordergrund der Arbeit stand die Kampagne gegen den polnischen Terror. Bis

jetzt sind an die polnische Regierung Protestresolutionen von 33 Organisationen, sowie zwei Resolutionen, angenommen bei öffentlichen Kundgebungen, und eine Resolution einer Mitgliederversammlung der Roten Hilfe an die betr. Stellen abgesandt worden. Zur Beilegung Rakosis haben bis jetzt 17 Organisationen ein Protestschreiben an die ungarische Gesandtschaft zur Weiterleitung an die ungarische Regierung geschickt. Weiter wurden zwei bei öffentlichen Kundgebungen angenommene Protestresolutionen weitergeleitet.

**Bezirk Württemberg.** Im Monat Juli wurden 57 Einzelmitglieder sowie ein Korporativmitglied mit 1900 angeschlossenen Einzelmitgliedern neu gewonnen, ebenso 300 neue Leser für den „Roten Helfer“. Durch die Durchführung einer planmäßigen Kassierung gelang es, den Markenumsatz gegenüber dem Vormonat zu steigern. Ebenfalls trat mit der Führung der Kampagne zu den Arbeitsgebietskonferenzen und als deren Auswirkungen eine Steigerung der Sammlungen ein.

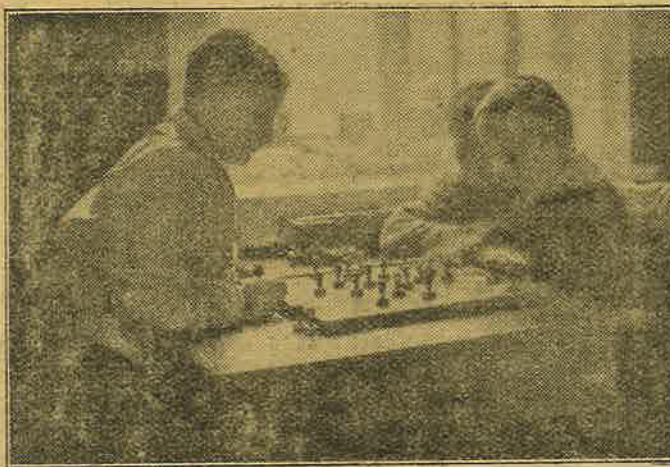
**Bezirk Südbayern.** Im Monat Juli 121 Neuaufnahmen.

### Die Wurstmaschine für Elgersburg ist da!

Der Ruf der Kinder aus dem „Mopr“-Heim nach der Wurstschneidemaschine ist endlich erhört worden. Eine Berliner Belegschaft hat die Maschine gespendet. Sie ist bereits zur Freude der Kinder in Elgersburg eingetroffen und hat dort schon gute Dienste geleistet. Die Rote Hilfe sagt im Namen der Kinder den Spendern besten Dank und hofft, daß andere Belegschaften ihrem Beispiel folgen und mit gleicher Opferwilligkeit das Werk der Roten Hilfe unterstützen werden.

### Achtung! Abonnenten!

Von jetzt ab erscheinen Roter Helfer und Bulletin als gemeinsame Zeitschrift im Umfang von 24 Seiten unter dem Titel „Der Rote Helfer“.



Kinder im „Mopr“-Heim (Elgersburg) beim Schachspiel